

Panchayat - Gesetzgebung

- Chance für Indiens Umwelt ? -

Nachdem in der letzten Ausgabe (Südasiens 7/89) eine Stellungnahme des indischen Journalisten Bunker Roy zum Plan der Regierung, den Gemeinderäte mehr Entscheidungsbezug zuzugestehen, veröffentlicht wurde, kommt nunmehr Anil Agarwal zu Wort. Er ist einer der bekanntesten Verfechter des Umweltschutzes in Indien. Agarwal geht in erster Linie der Frage nach, inwieweit das neue Gesetz dazu beitragen kann, die Gemeinden zu stärken und die in Indien zum Teil extrem belastete Umwelt zu schützen.



Foto: Walter Keller

Der Entschluß des indischen Premierministers, die Gemeinderäte zu stärken und ihnen direkt Gelder zur Verfügung zu stellen, hat dem Land die Möglichkeit verschafft, die Bevölkerung aktiv in den Prozess der Wiederherstellung und Erhaltung der ländlichen Umwelt miteinzubeziehen. Um jedoch diesem gewaltigen Anspruch gerecht zu werden, ist es notwendig, eine umfassende Strategie mit einem festumrissenen gesetzlichen und institutionellen Rahmen zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund sind an der derzeit noch nicht verabschiedeten Gesetzesinitiative und den Richtlinien des 'Jawahar Rozgar Yojana' (Brot-für-Arbeit-Programm) noch entscheidende Veränderungen vorzunehmen, um die lebenswichtige Aufgabe der Wiederherstellung einer gesunden Umwelt in Indien ("Greening of India") bewältigen zu können.

Indien sieht sich in den nächsten zehn Jahren mit

einer gewaltigen Herausforderung konfrontiert. Die Gesamtbevölkerung wird von gegenwärtig etwa 800 Millionen auf eine Milliarde Menschen anwachsen. Die Lebensgrundlage dieser Menschen wird auch weiterhin die auf pflanzlichen und tierischen Produkten basierende Subsistenzwirtschaft bleiben. Die Nachfrage nach Biomasse in verschiedenster Form, man denke nur an Nahrungsmittel, Feuerholz, Tierfutter, Kuhdung, Baumaterialien wie Holz und Stroh für die Dächer, Rohstoffe für die Industrie wie Gummi und andere Produkte, wird drastisch ansteigen. Doch die Fläche, auf der all dies erzeugt werden muß, wird die gleiche bleiben. Die begrenzten Anbauflächen und Wasservorräte werden zukünftig immer stärkerem Druck ausgesetzt. Wenn nicht kurzfristig Anbauverfahren entwickelt werden, die neben einer hohen Produktivität auch eine Umweltverträglichkeit sicherstellen, wird die derzeitige Entwicklung zu einer völligen Zerstörung ökologischer

Systeme in Indien führen. Diese Aufgabe wird für die indische Gesellschaft die größte politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre darstellen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Produktion von Biomasse gegenwärtig - entgegen der steigenden Nachfrage - zurückgeht, erscheint die Situation besonders besorgniserregend. Ein Drittel, einige Schätzungen gehen sogar von der Hälfte des Landes aus, sind Ödland. Es kann, wenn überhaupt, nur mäßig genutzt werden und wirft demzufolge nur geringe Erträge ab. Die Erträge der Waldflächen gehen infolge der starken Abholzung und der damit einhergehenden Bodenerosion ebenfalls zurück. Die Produktivität der Weideflächen ist heute ebenfalls nur noch ein Bruchteil des ursprünglichen Potentials. In den meisten Fällen ist der Ertrag auf unter 20 % gesunken. Einzig auf den künstlich bewässerten Anbauflächen sind die Erträge in den letzten Jahren gestiegen. Dagegen ist die Produktivität auf den nicht künstlich bewässerten Flächen weiterhin von den Launen des Wetters abhängig. So gesehen ist die Produktion von Biomasse nur auf einem kleinen Teil der insgesamt etwa 260 Millionen Hektar, die der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung zur Verfügung stehen, gestiegen.

Um der steigenden Nachfrage nach Biomasse zu begegnen, müßte jedes Fleckchen, sei es Ackerland, Weide- oder Waldfläche, nach wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten optimal genutzt werden. Doch diese Zukunftsaufgabe ist nicht mit einem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verwaltungsapparat und den westlichen Konzepten einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieses Jahrhunderts zu bewältigen.

Programme zur Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtproduktion ('Gross Nature Product') müssen auf zwei Ebenen entwickelt werden: auf einer Begriffsebene (conceptual level) und auf einer Aktionsebene. Indien ist ein Land mit extrem verschiedenartigen Ökosystemen, wobei sich nicht nur die natürlichen Voraussetzungen stark voneinander unterscheiden sondern auch andere Faktoren wie zum Beispiel die Besitzverhältnisse in der ländlichen Bevölkerung sehr variieren. Innerhalb Indiens finden wir die heißen Wüstengebiete Rajasthans, die kalte Hochgebirgswüste von Ladakh, gleichzeitig aber auch tropische Dschungelgebiete mit Niederschlägen von über 4.000 Millimeter pro Jahr.

Ökosystem-spezifische Entwicklung

Es dürfte jedem einleuchten, daß man dieser Verschiedenartigkeit der ökologischen Systeme nicht durch eine einheitliche Planung gerecht werden kann. Daher ist es von besonderer Bedeutung, bei der Konzeption von Programmen zur Produktionssteigerung die spezifischen Eigenheiten der jeweiligen Ökosysteme zu berücksichtigen.

Ökologisch angepaßte Landnutzung muß von Ökosystem zu Ökosystem variieren. Beispielsweise kann man davon

ausgehen, daß die überwiegende Nutzungsform für die Indus-Ganges Ebenen der Ackerbau sein wird. In den Regionen des Himalaya wird die forstwirtschaftliche Nutzung überwiegen, und die Trockengebiete der Thar-Wüste können primär extensiv als Weideland genutzt werden. Auf der anderen Seite muß die Planung angepaßter Landnutzungssysteme auf der Gemeindeebene ansetzen. Gefragt sind in diesem Falle nicht etwa detaillierte Pläne und Programme, die von übergeordneten Stellen erarbeitet werden, sondern gewisse, auf das jeweilige Ökosystem zugeschnittene Richtlinien, die als Anleitung einen konzeptionellen Rahmen für die konkrete Planung und Durchführung vor Ort anbieten. Die reine bürokratische Planung und Verordnung derartiger Maßnahmen und Programme ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung würde zu einer weiteren Entfremdung und gleichzeitig zu einer Verminderung der Verantwortung der Menschen gegenüber ihrer Umwelt führen.

Planung auf Gemeindeebene

Die Notwendigkeit, mit der Konzeption der konkreten Maßnahmen auf Gemeindeebene anzusetzen, hat auch noch andere Hintergründe. Die traditionellen indischen Dörfer stellen über Generationen gewachsene Systeme dar, in denen Land, Vegetation, Mensch und Tier optimal aufeinander abgestimmt sind. Jede Siedlung hat ihre eigenen Anbau- und Weideflächen sowie Busch- und Waldgebiete. Die Bauern haben dieses Beziehungsgefüge in ihrer täglichen Arbeit erkannt und aufrechterhalten. Auch im Umgang mit dem in Indien in vielen Ge-

Entwicklung der nationalen Biomassen-Produktion (Mio. Tonnen):

	Produktion 1984-85	geschätzter Bedarf 2000
<u>Nahrungsmittel (in Mio.t)</u>		
Getreide	146	238
Hülsenfrüchte	12	33
Ölsaaten	13	24-26
Zuckerrohr	174	575
Kartoffeln	13	16
Milch	39	64
Kaffee	0,165	N.A.
Tee	0,645	1,5
<u>Viehfutter und Feuerholz (in Mio.t)</u>		
Feuerholz	100	300-330
Grünfutter	232	780
Trockenfutter	405	526
<u>Grundstoffe für die industrielle Verarbeitung</u>		
Baumwolle (in Mio. Ballen)	8	33
Jute u. Hanf (in Mio. Ballen)	8	18
Kautschuk (in Mio.t)	0,185	0,265

bieten so wertvollen, weil kaum verfügbaren Rohstoff Wasser, haben die Bewohner Systeme der rationellen Verwendung entwickelt.

Für die Förderung der dörflichen Ökosysteme wäre es gegenwärtig besonders wichtig, die Produktivität aller Komponenten dieser Systeme, angefangen von den Acker- und Weideflächen über die Waldgebiete bis hin zu den Bewässerungsanlagen und Viehbeständen, zu steigern. Derartige Maßnahmen müßten so konzipiert sein, daß sie nicht nur in einem der genannten Bereiche positive Entwicklungen auslösen, sondern integriert, daß heißt in diesem Falle übergreifend wirksam werden. Gegenwärtig sind Maßnahmen der ländlichen Entwicklung zumeist fragmentarisch auf einzelne Bereiche ausgerichtet, so daß sich die dadurch ausgelösten Entwicklungsprozesse für andere Bereiche zum Teil kontraproduktiv auswirken können. Der einzige Weg, dieser Problematik zu entgegen, ist eine integrierte ländliche Ökosystem-Planung, die auf Dorfebene und nicht etwa auf höherer Ebene ansetzt.

Unglücklicherweise sind es gerade die im Gemeinde- oder Staatsbesitz befindlichen Komponenten der dörflichen Ökosysteme, die besonders schwierig zu handhaben sind. Die landwirtschaftlichen Anbauflächen befinden sich in der Regel in Privatbesitz. Waldgebiete, Weideflächen, Teiche und Wasserspeicher unterliegen der Verantwortlichkeit der Gemeinderäte oder des Staates. Die Entfremdung und das mangelnde Verantwortungsbewußtsein der Dorfbewohner gegenüber diesen Bereichen ihrer unmittelbaren Umwelt stellt heute das größte Problem dar.

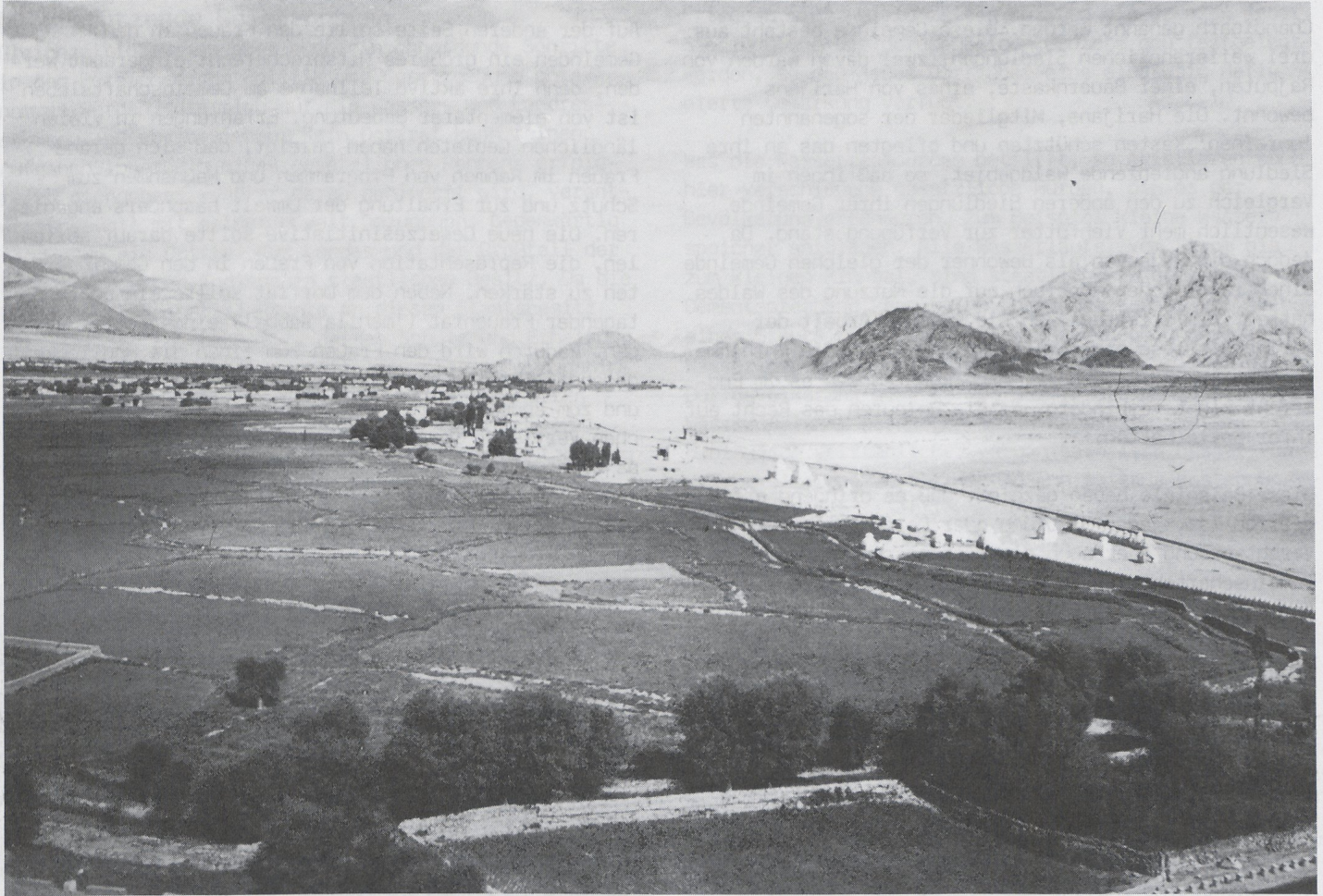
Sucht man nach den Gründen für diese Entfremdung, so muß man bis in die Phase der britischen Kolonialzeit zurückgehen. Die Engländer waren es, die damit begannen, die genannten Ressourcen unter staatliche Verwaltung zu stellen. Durch die teilweise Enteignung verloren die Menschen das Verantwortungsbewußtsein für die ursprünglich von ihnen mit großer Sorgfalt bewirtschafteten und gepflegten Wald- und Weideflächen bzw. Bewässerungsanlagen. Wenn diese Entfremdung nicht rückgängig gemacht werden kann, wird es schwerlich möglich sein, die natürliche Umwelt der indischen Dörfer wiederherzustellen bzw. zu erhalten.

Die aktive und verantwortungsbewußte Beteiligung der Dorfgemeinschaft ist in diesem Zusammenhang nicht nur wünschenswert sondern von entscheidender Bedeutung. Aufgrund der natürlichen Voraussetzungen ist es in Indien keinesfalls so, daß jeder Quadratmeter Land, wenn nicht gerade im Himalaya oder in Rajasthan, einmal sich selbst überlassen, innerhalb kürzester Zeit wieder seine ursprüngliche ökologische Vielfalt und Lebensfähigkeit entwickeln könnte. Das Hauptproblem bei der Wiederaufforstung stellt vor allen Dingen der starke Druck, der durch die Übernutzung der Weideflächen durch Haus- und Wildtiere in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist, dar. Demzufolge müßten alle Aufforstungsflächen durch Umzäunungen geschützt werden. Da auf der anderen Seite aber die gemein-

schaftlichen Flächen einer intensiven Nutzung unterliegen - die ärmeren Bauern und Landlosen sammeln hier ihr Feuerholz und lassen ihr Vieh dort weiden - würden derartige Maßnahmen, wie unfruchtbar dieses Land auch im Moment sein mag, erhebliche Proteste von Seiten der Bevölkerung hervorrufen. Gerade diese Menschen müßten in zukünftige Programme miteinbezogen werden, ihnen müßte verdeutlicht werden, daß durch eine gezielte Wiederaufforstung langfristig wieder tragfähige Ökosysteme entstehen werden, die auch für sie letztendlich von Nutzen sein können.

Eine mögliche Lösung wäre die Übergabe von staatlichem Besitz an die Dorfgemeinschaft für eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung. Eine problematische aber - wie die Erfahrungen vieler Nicht-Regierungs-Organisationen in Indien gezeigt haben - unter gewissen Voraussetzungen durchaus akzeptable Lösung. Zu diesen Voraussetzungen gehören folgende Punkte: Erstens sollte den Dorfgemeinschaften - ohne ihnen notwendigerweise die Eigentumsrechte zu übertragen - die Kontrolle über Staatsland gegeben werden, so daß sie sicher sein können, daß eine Wiederherstellung der ursprünglichen Ökosysteme auch wirklich ihnen zugute kommt. Zweitens müßte sichergestellt werden, daß die gesamte Dorfgemeinschaft in diese Maßnahmen miteinbezogen wird. Würde nur eine kleine Gruppe die Maßnahmen gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit durchführen, wäre das ganze Projekt zum Scheitern verurteilt. Denn es ist nicht entscheidend, wessen Ziege Pflanzungen zerstört, das Resultat ist dasselbe. Jeder muß dafür Sorge tragen, daß die Aufforstungsflächen unangetastet bleiben. Drittens muß allen Mitgliedern einer Gemeinde verdeutlicht werden, daß sie alle, nicht aber nur einige wenige von ihnen, von diesen Maßnahmen profitieren werden. Die dabei einzuhaltenden Prinzipien der Kontrolle, Einigkeit und Gleichheit erscheinen mit dem gängigen Bild der Realität in den indischen Gemeinden unvereinbar. Die positiven Erfahrungen vieler Gruppen zeigen jedoch, daß Dorfbewohner, sobald ihnen das entsprechende institutionelle und rechtliche Instrumentarium an die Hand gegeben wird, in der Lage sind, gemeinschaftlich Staats- oder Gemeindeeigentum verantwortungsvoll zu bewirtschaften. Wie könnte und müßte in derartiges Instrumentarium aussehen?

Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen einer Gemeinde könnte durchaus von den Dorfbewohnern selbst gewährleistet werden. Die rationelle Nutzung und Erhaltung der Land- und Wasserressourcen einer Gemeinde erfordert Disziplin. Die Dorfbewohner müssen dementsprechend sicherstellen, daß das gemeinsam bewirtschaftete Land nicht als Weide genutzt wird, daß die Wasserspeicher und Teiche instand gehalten und rationell genutzt werden und daß die auf Gemeindeland erwirtschafteten Erträge gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Die Voraussetzung zur Erreichung dieser Ziele ist eine effektiv arbeitende übergeordnete Einrichtung auf Gemeindeebene, die die Dorfbewohner zu einer engagierten und verantwortungsbewußten Nutzung ihrer unmittelbaren Umwelt motivieren kann.



Das Industal von Leh/Ladakh in 4000 Meter Höhe gelegen (Foto: Walter Keller)

Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Konzeption sind durchaus in Indien vorhanden, es handelt sich allerdings dabei ausnahmslos um Projekte, die von nicht-staatlichen Freiwilligen-Organisationen durchgeführt wurden. Auf der anderen Seite haben gerade diese Organisationen die Erfahrung machen müssen, daß die Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten oftmals mehr Probleme hervorruft als löst. Zuerst einmal tragen die Gemeinderäte zur Bildung verschiedener Interessengruppen in der Bevölkerung bei. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist jedoch die Einheit und Solidarität der Dorfbewohner. Als zweiter Punkt ist die Tatsache zu nennen, daß in vielen Gebieten die Distanz zwischen Gemeinderat und Bevölkerung rein von der Entfernung her zu groß ist, um für die ökologisch sinnvolle Bewirtschaftung von gemeindeeigenen Flächen wichtige Impulse zu geben. Statistisch gesehen ist in Indien durchschnittlich ein Gemeinderat für 2,8 Dörfer zuständig. Wohl gemerkt, dies ist ein Durchschnittswert. Es gibt Bundesstaaten wie Rajasthan, Orissa oder Assam, in denen auf jeden 'panchayat' 5,1, 11,8 bzw. 29,1 Dörfer entfallen (siehe Abbildung).

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen wird es jedem einleuchten, daß eine durch die Gemeinderäte gelenkte Umweltpolitik zu Spannung zwischen den einzelnen Dörfern führen kann. Wenn sich beispielsweise die Bewohner eines Dorfes dazu entschließen, ihr Gemeindeland durch eine schonende und rationelle Nutzung zu schüt-

zen, kann dies durchaus zu Konflikten mit der oder den Nachbargemeinden führen.

Das Scheitern einer von Gemeinderäten koordinierten Umweltpolitik läßt sich an den in fast allen Gebieten fehlgeschlagenen 'social forestry' - Programmen belegen. Im Bundesstaat Maharashtra waren beispielsweise alle 'panchayats' aufgerufen, Gemeindeland für die forstwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung zu stellen, um darauf Bau- und Brennholz für den gemeinschaftlichen Bedarf zu produzieren. Die staatliche Planungsbehörde beabsichtigte, dort unter ihrer Leitung über drei Jahre hinweg junge Bäume anzupflanzen und aufzuziehen und das Land danach der Verantwortung der Gemeinderäte zu unterstellen. Als dieser Zeitpunkt gekommen war, weigerten sich jedoch mehr und mehr 'panchayats', die Bewirtschaftung der Pflanzungen zu übernehmen. Ihre Vertreter argumentierten, daß es ihnen unmöglich sei, einen entsprechenden Schutz der Flächen gegenüber den verschiedenen Interessengruppen in den Gemeinden zu gewährleisten. In einem Fall, in dem sich der Gemeinderat zur Übernahme bereit erklärt hatte, wurden die Pflanzungen innerhalb weniger Tage zerstört.

An dieser Stelle sei noch auf ein weiteres Problem verwiesen, daß aus der Tatsache resultiert, daß mehrere Dörfer unter einem 'panchayat' zusammengefaßt sind. Als Beispiel soll hier die Gemeinde Nada in der Nähe von

Chandigarh genannt werden. Diese Gemeinde besteht aus drei weilerähnlichen Siedlungen, zwei davon werden von Rajputen, einer Bauernkaste, eines von Harijans bewohnt. Die Harijans, Mitglieder der sogenannten 'unreinen' Kasten schützten und pflegten das an ihre Siedlung angrenzende Waldgebiet, so daß ihnen im Vergleich zu den anderen Siedlungen ihrer Gemeinde wesentlich mehr Viehfutter zur Verfügung stand. Da jedoch die Rajputen als Bewohner der gleichen Gemeinde einen rechtlichen Anspruch auf die Nutzung des Waldes hatten, profitierten auch sie von der Arbeit der Harijans. Diese protestierten zwar gegen die Entnahme von Futter und Feuerholz, doch konnten sie es im Endeffekt nicht verhindern, da die Rajputen das Recht auf ihrer Seite hatten.

Diese Beispiele haben gezeigt, daß es dringend erforderlich ist, jeder Siedlung oder Dorfgemeinschaft die Verantwortung aber auch die Nutzungsrechte für ihren Gemeinschaftsbesitz zu übertragen, so daß die Mitglieder der Gemeinschaft, vor dem Hintergrund, daß sie und nur sie an dessen Bewirtschaftung profitieren, eine größere Eigenverantwortlichkeit entwickeln. Dadurch wird es einfacher, die Leute zu motivieren, in den Gemeinden zu direkten und unmittelbaren Problemlösungen zu kommen und im Rahmen der Entscheidungsprozesse zu mehr Demokratie zu gelangen. Auf Dorfebene kann dies nur durch Dorfräte ('gram sabha') verwirklicht werden, die die Entscheidungen der Gemeinderäte überprüfen und genehmigen. Für die Funktionsfähigkeit derartiger 'gram sabhas' gibt es durchaus schon Beispiele in Indien.

Geht man von den oben genannten Erfahrungen aus, so ist es notwendig, im Rahmen der Gesetzesneufassung (-änderung) und der Richtlinien für das Programm 'Brot-für-Arbeit' (Jawahar Rozgar Yojana) entscheidende Veränderungen vorzunehmen. So sollte zum Beispiel die Zuständigkeit der Dorfräte eindeutig definiert werden, und zwar dahingehend, daß die 'panchayats' ihre Entscheidungen ihnen gegenüber zu rechtfertigen haben. Gleichzeitig sollten in allen indischen Bundesstaaten die Bemühungen vorangetrieben werden, für jedes Dorf einen Gemeinderat einzusetzen. Das Dorf sollte nicht alleinige Einnahmequelle der 'panchayats' sein, wie es derzeit bei den vielen einem Gemeinderat unterstellten Siedlungen ist, sondern es sollte seinen Dorf- und Gemeinderat erhalten. Diejenigen, die der Ansicht sind, daß die Siedlungen für den Aufbau einer derartigen Administration zu klein seien, sollten sich vor Augen halten, daß die Siedlungen, die wir heute noch als Weiler ('hamlet') bezeichnen, mittlerweile bereits größer sind als die Dörfer zu Zeiten der Festlegung der Dorfgrenzen durch die britischen Kolonialherren. Die Richtlinien des 'Brot-für-Arbeit-Programms' sollten ebenfalls darauf abzielen, die Rolle der Dorfräte zu stärken. Gegenwärtig liegt die gesamte Planung und Durchführung in Händen des 'panchayat'. Den Dorfräten sollte dementsprechend durch die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Entscheidungen der Gemeinderäte ein größeres Gewicht gegeben werden.

Auf der anderen Seite sollte den Frauen in den Gemeinden ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden, denn ihre aktive Teilnahme am Gemeinschaftsleben ist von elementarer Bedeutung. Erfahrungen in vielen ländlichen Gebieten haben gezeigt, daß sich gerade Frauen im Rahmen von Programmen und Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt besonders engagieren. Die neue Gesetzesinitiative sollte darauf abzielen, die Repräsentation von Frauen in den Gemeinderäten zu stärken. Neben dem Dorfrat sollte ein getrennt tagender Frauenrat ('mahila sabha') eingerichtet werden. Dadurch wird den Frauen zum einen die Möglichkeit gegeben, ihre Interessen konsequenter zu vertreten, und zum anderen wird dadurch die Position der weiblichen Vertreter im 'panchayat' gestärkt. Daneben wäre es eventuell sinnvoll, den 'Frauenräten' die direkte Kontrolle über einen Teil der Mittel, die im Rahmen der 'Brot-für-Arbeit-Programme' bereitgestellt werden, zu übertragen.



Die traditionellen indischen Bauern wissen

Unterstützende Gesetzgebung

Gleichzeitig müssen aber auch einschneidende Schritte in den Bereichen der Politik und Gesetzgebung unternommen werden, die sich auf die Wasser- und Landressourcen Indiens beziehen. Kein Dorfrat kann seinen Aufgaben innerhalb eines gesetzlichen Rahmens erfolgreich nachgehen, wenn er daran gehindert wird, verantwortungsvoll mit seiner Umwelt umzugehen. Gegenwärtig sind etwa ein Drittel des Landes und der Großteil der Wasserressourcen Indiens in staatlichem Besitz. Da die Bevölkerung keinerlei Rechte an diesem Staatsbesitz hat, ist ihr Engagement zu dessen Schutz und Erhaltung gering. Die Gesetzgebung sollte dementsprechend dahingehend geändert werden, daß die Dorfgemeinschaften motiviert werden, bereits zerstörte Flächen durch ökologisch angepasste Bewirtschaftung wieder nutzbar zu machen. Dieser Anreiz könnte dadurch gegeben werden, indem man ihnen klar definierte Rechte an diesen Flächen beziehungsweise an den darauf erwirtschafteten

eigentlich wo's langgeht (Foto: Walter Keller)

Erträgen gibt. Gleichzeitig sollten die Grenzen jeder Siedlung und der dazugehörigen Gebiete neu festgelegt werden, so daß jedes Dorf über eine eindeutig definierte Gemarkung verfügt.

Was die Wasserressourcen betrifft, so existieren auch hier verschiedene gesetzliche Hürden, die es der Bevölkerung erschweren, zum Beispiel kleine Wasserspeicher anzulegen. Alle Wasserläufe, vom Strom bis zum kleinen Rinnal, sind staatliches Eigentum. Dementsprechend kann keine Dorfgemeinschaft zur Anlage eines Stauteiches ohne staatliche Genehmigung einen Wasserlauf anzapfen. Zukünftige Gesetze sollten die Dorfbevölkerung aber gerade dazu ermutigen, kleine Wasserspeicher anzulegen (denn derartige Systeme sind ökologisch verträglicher, organisatorisch besser von der Bevölkerung zu überwachen und weitaus kostengünstiger als die staatlichen Großprojekte der vergangenen Jahrzehnte, Anmerk. d. Red.).

Finanzmittel

Keine Organisation kann ohne die nötigen Mittel effektiv arbeiten. Im gegenwärtig gültigen System durchlaufen die Finanzhilfen für Entwicklungsmaßnahmen eine lange Kette von Behörden, ausgehend von der Zentralregierung über die Bundesstaaten und Distrikte bis hin zu den 'Blocks' (etwa Kreisebene). Letztendlich erreicht nur ein Bruchteil der Gelder seinen eigentlichen Adressaten. Zudem sind die Mittel vielfach für Projekte vorgesehen, die sich der Kontrolle und Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung entziehen.

Auf der anderen Seite könnten Dorfgemeinschaften durch eine entsprechende Gesetzgebung und ein gewisses Startkapital in die Lage versetzt werden, selbst beträchtliche Summen durch die produktive Nutzung von Gemeinschaftsbesitz zu erwirtschaften. Beispiele für derartige Möglichkeiten sind durchaus zu finden. In diesem Zusammenhang werden allerdings oft Stimmen laut, die vor Korruption warnen. Denen ist entgegenzuhalten, daß nichts dafür spricht, daß der Verlust bei den selbsterwirtschafteten und -verwalteten Geldern größer ist als bei Mitteln, die über das bürokratische System des Staates verteilt werden. Eher ist davon auszugehen, daß Gelder in den Händen eines verantwortungsbewußt arbeitenden Dorfrates besser aufgehoben sind. Als sich Rajiv Gandhi kürzlich mit Vertreterinnen indischer Frauen traf, meldete sich eine Frau aus Bihar zu Wort: "Was immer an Mitteln vergeben wird, es soll offen geschehen und nicht hinter vorgehaltener Hand." Es sollte Aufgabe der Regierung sein, offen über die Höhe der Gelder und deren Verwendungszweck Auskunft zu geben, denn gerade der Mangel an Information ist der Grund für die anhaltende Korruption und die ungerechte Verteilung.

Die Rolle der Regierung

Diese Veränderungen in den institutionellen, gesetzlichen und finanziellen Strukturen werden auch die staatlichen Organe nicht unberührt lassen. Ihre Rolle wird sich wandeln. Sie werden nicht wie bisher allei-

nig Mittel verteilen, sondern gleichzeitig die Aufgabe haben, den Menschen technisches und ökologisches Wissen zu vermitteln und sie zu dessen Umsetzung anzuleiten. Zu diesem Zweck müssen neue Fachleute ausgebildet werden, die dieses Wissen an die Bevölkerung weitergeben. Jedes Entwicklungsprogramm sollte sich sowohl an ökonomischen als auch an ökologischen Leitlinien orientieren und dabei dem jeweils aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand entsprechen. Da die wissenschaftlichen Institute und Behörden in der Regel keinen Kontakt zu den Menschen haben, die ihre Ergebnisse in den Dörfern umsetzen sollen, ist es notwendig, eine Institution aufzubauen, die den Kontakt zwischen beiden herstellt. Schulungszentren, in denen jeweils einige Bewohner aus jedem Dorf ausgebildet werden, die dann ihre Erfahrungen an der Basis weitergeben, könnten diese Aufgabe übernehmen. Von hier aus könnten auch Maßnahmen zur Anlage von Wasserspeichern, zum Erosionsschutz, zur Aufforstung, zum Schutz von Weideland und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen koordiniert werden. Damit diese Institutionen nicht wieder in Bürokratie und Korruption ersticken, wäre es durchaus möglich, sie unter die Leitung nicht-staatlicher Hilfsorganisationen zu stellen.

Parallel dazu müßten von staatlicher Seite Anstrengungen unternommen werden, um ökologisch und sozial angepaßte und verträgliche Systeme zu entwickeln. Beginnen sollte diese Arbeit mit einer

Zusammenstellung traditioneller Lebens- und Wirtschaftsformen, um einen Überblick darüber zu erhalten, wie Menschen über Jahrhunderte hinweg durch angepaßte Nutzungsstrukturen selbst in klimatisch extrem benachteiligten Gebieten, wie zum Beispiel in Rajasthan, überleben konnten. Diese Systeme, die durch die Entwicklungen des Industriezeitalters vielfach schon in Vergessenheit geraten sind, stellen für die heutige Forschung einen reichhaltigen Fundus dar.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die moderne Wissenschaft und Technik für die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft völlig unbrauchbar sind. Es gilt derzeit die Produktivität mit den Mitteln von Wissenschaft und Technik aufbauend auf dem Wissen traditioneller Wirtschafts- und Lebensformen zu steigern.

Jedem wird klar sein, daß Programme zur Stärkung der 'panchayats' mit dem Ziel, den Zusammenhalt dörflicher Gemeinschaften zu fördern, die ländlichen Ökosysteme wiederherzustellen und die Armut zu lindern, viel Geduld benötigen. Aber wenn das wirklich das Ziel dieser Gesetzesinitiative sein sollte, dann ist sie ohne Einschränkung zu begrüßen. Dann ist es eine Gelegenheit, die Rajiv Gandhi nicht verpassen sollte.

Anil Agarwal und Sunita Narain

(Übersetzung: Ralf Tepel)

Kaffeepreise sinken

- Auswirkungen des Scheiterns des Internationalen Kaffeeabkommens -

Nachdem sich Anfang Juli die in der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) zusammengeschlossenen 50 Produzenten- und 24 Verbraucherländer - laut Aussagen vieler Teilnehmer infolge der unannehmbaren Forderungen der USA - nicht auf die Festlegung neuer Exportquoten einigen konnten, ist das Internationale Kaffeeabkommen geplatzt. Die am 30. September offiziell auslaufende Vereinbarung, in der sich die Produzenten bislang auf die Einhaltung bestimmter Exportkontingente verständigt hatten und wodurch eine gewisse Preisstabilität gewährleistet wurde, war dadurch praktisch mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Der Kaffee-Weltmarkt wird seitdem alleinig von Angebot und Nachfrage beherrscht. Offensichtlich von dem Scheitern der Konferenz überrascht, kam es an den internationalen Rohstoffmärkten zu dramatischen Preiseinbrüchen im Kaffeehandel. Auf dem Londoner Markt erreichten die Notierungen die niedrigsten Werte seit 1981.

Für Indien, ebenfalls Mitglied der Internationalen Kaffeeorganisation, das sich auf der Konferenz für eine Erhöhung seiner Exportquoten eingesetzt hatte, kam diese Entwicklung scheinbar ebenfalls unerwartet. Nachfolgend soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen der Preisverfall für Rohkaffee auf dem

